

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 33 (2006)
Heft: 2

Artikel: Armut in der Schweiz : "Es fehlt am politischen Willen, die Armut zu bekämpfen"
Autor: Eckert, Heinz / Schmid, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-911308>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Es fehlt am politischen Willen, die Armut zu bekämpfen» Ob es eine Million oder nur 600 000 Arme in der Schweiz gibt, die Armut wächst jedes Jahr und wird zunehmend zum Problem für das Land. Wie die Armut politisch bekämpft werden müsste, erklärt Walter Schmid, Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe, im Gespräch mit der «Schweizer Revue». Interview Heinz Eckert

«Schweizer Revue»: Die Zahlen der Caritas haben aufgeschreckt: Gibt es tatsächlich eine Million Arme in der Schweiz?

Walter Schmid: Was Armut bei uns bedeutet, kann nicht mathematisch exakt definiert werden. Eine Million scheint mir zu hoch; da sind auch alle Bezüger von Zusatzleistungen inbegriffen, die zwar bescheiden leben, aber nicht arm sind. 600 000 stimmen mit der Wirklichkeit eher überein. Zahlen sind jedoch nicht so wichtig. Ob es 500 000 oder eine Million sind, ist zweitrangig. Wichtig ist, dass die Armut im Land zum Thema wird.

Wie werden diese Zahlen ermittelt?

Man nimmt üblicherweise das durchschnittliche Einkommen eines Landes und zählt diejenigen zu den Armen, die nur 50 Prozent oder weniger davon verdienen. So kommt man auf minimal 2500 Franken für Einzelpersonen und auf 4500 Franken für eine vierköpfige Familie, die zum Leben oberhalb der Armutsgrenze notwendig sind.

Vermutet man bezüglich Armut eine grosse Dunkelziffer?

Es ist sehr schwierig, die Armut landesweit statistisch zu erfassen, da das Sozialwesen kantonal und teilweise sehr unterschiedlich geregelt ist. Zudem hat es auf Bundesebene lange Zeit auch kein grosses Interesse an einer statistischen Erhebung der Armut gegeben. Das soll sich nun ändern. Eine Sozialhilfestatistik wird noch in diesem Jahr veröffentlicht. Was die Dunkelziffer betrifft, so geht man davon aus, dass etwa 40 Prozent der potenziellen Sozialhilfebezüger keine Hilfe beanspruchen und sich ohne öffentliche Fürsorge über Wasser zu halten versuchen.

Ist das vor allem eine schweizerische Erscheinung?

Es kann sein, dass mehr Schweizer den Gang aufs Sozialamt fürchten, als das im Ausland der Fall ist. Das hängt auch damit zusammen, dass die Fürsorge von den Gemeinden geregelt ist und jeder Gang auf das Sozialamt – vor allem



Walter Schmid, Präsident der Schweiz. Konferenz für Sozialhilfe.

auf dem Land – einer starken Sozialkontrolle unterstellt ist. Bei einem nationalen Versicherungssystem wäre die Zahl der Sozialhilfebezüger wohl grösser; deshalb ist bei uns auch die Dunkelziffer wohl höher als anderswo.

Gilt Armut in der Schweiz immer noch als Schande?

In einem so reichen Land wie der Schweiz ist es schon stigmatisierend, arm zu sein. In einem Land mit grosser Armut ist es einfacher, arm zu sein, da die Armen dort das Schicksal mit vielen anderen teilen können. Bei uns wird Armut nach wie vor mit persönlichem Versagen gleichgesetzt. Diese Einstellung gestaltet auch den Kampf gegen die Armut schwierig. Tatsache ist, dass die meisten Menschen nicht aus eigener Schuld arm geworden sind.

Wie hat sich die Definition von Armut mit der wirtschaftlichen Entwicklung verändert?

Vor 80 Jahren wurde die Armut in der

Schweiz noch mit Kalorienzahlen definiert, das heisst, man legte fest, wie viele Kalorien ein Mensch täglich zum Überleben braucht. Heute gehört schon das Telefon zur Grundausstattung, vielleicht auch eine Waschmaschine, in Amerika mit seinen grossen Distanzen sogar ein Auto. Die Bedürfnisse sind von Land zu Land und von Gesellschaft zu Gesellschaft unterschiedlich. Aber früher wie heute ist Armut mit einem sehr bescheidenen Leben gleichzusetzen.

Wie hat sich die Armut in der Schweiz entwickelt?

Das Bild der Armut ist sehr stark davon abhängig, wie eine Gesellschaft damit umgeht. Bis zum Zweiten Weltkrieg war bei uns wie auch in anderen Ländern die Altersarmut ein grosses Problem. Seit der Einführung der AHV und vor allem der Ergänzungsleistungen konnte bei uns die Altersarmut weitgehend beseitigt werden. AHV und Ergänzungsleistungen sorgen heute dafür, dass hunderttausende im Alter nicht verarmen. Auch alte Menschen ohne Geld können daher den Lebensabend in einem Heim verbringen, das unter Umständen 7000 Franken im Monat kosten kann. Das sind grosse sozialpolitische Errungenschaften, die hoffentlich auch weiterhin bestehen bleiben.

Heute ist es die Arbeitslosigkeit, die Armut erzeugt. Was kann dagegen getan werden?

Es stellt sich tatsächlich die Frage: Wie geht ein Land mit dem Risiko um, dass tausende im erwerbsfähigen Alter keine bezahlte Arbeit mehr finden und nicht in der Lage sind, ihre Existenz finanziell zu sichern? Sicher ist, dass wir heute nur ein ungenügendes Instrumentarium haben, um das Problem zu lösen. Der Staat soll beispielsweise nicht ins Lohngefüge eingreifen und auch keine eigenen Arbeitsplätze bereitstellen, die das Gewerbe konkurrenzieren könnten.

Fehlt es in der Schweiz an sozialpolitischem Engagement?

Es fehlt am politischen Willen, die zunehmende Armut zu bekämpfen. Wir haben zwar viele Sozialwerke, aber jedes Sozialwerk wird isoliert betrachtet, und bei den Revisionsvorhaben geht es meistens um das Erreichen von Sparzielen oder um Besitzstandwahrungen. Aber man fragt sich nie, ob die Massnahmen über das Ganze gesehen auch tauglich sind, Armut zu bekämpfen und einen sozialen Ausgleich zu schaffen. Und genau diese Frage sollte im Zentrum stehen. Ein Beispiel: Bei der Invalidenversicherung geht es nicht nur darum, Behinderten eine Rente zu bezahlen, sondern sie

sollten nach Möglichkeit auch in einen Arbeitsprozess integriert werden können. In der Diskussion geht es fast immer nur um mehr oder weniger Geld. Fast nie wird über die sozialpolitischen Ziele gesprochen, die mit dem Geld erreicht werden sollen.

Warum fehlt dieses umfassende Engagement? Ist der Druck noch zu wenig gross?

Unsere sehr freie Marktwirtschaft hat Rahmenbedingungen, die es schwer machen, gewisse sozialpolitische Ziele zu verwirklichen. Wir finden beispielsweise kaum Formen, um beschränkt einsatzfähige Menschen für die Gesellschaft und die Wirtschaft nutz- und gewinnbringend einzusetzen. Auf diese Tatsache kann das Problem im Prinzip reduziert werden. Die Politik ist in der Ideologie gefangen, dass der Wirtschaft keine weiteren Auflagen mehr gemacht werden dürfen und sich der Staat umgekehrt nicht als Konkurrent des freien Unternehmertums betätigen soll. Hinzu kommt die internationale Konkurrenz. Man kann national nicht einmal entsprechende Versuche starten ohne zu riskieren, dass Arbeitsplätze ins Ausland verschoben werden. Der Handlungsspielraum ist für die nationale Sozialpolitik sehr eng geworden.

Wenn die Armut weiter zunimmt, wird sie doch bestimmt auch zu einem politischen Problem?

Es gibt Stimmen, die das immer wieder prognostizieren und sagen, irgendeinmal gebe es einen Knall. Das glaube ich nicht. Die Schweiz ist so reich, dass es nicht zu diesem Knall kommen wird. Selbst in sehr armen Ländern wie Rumänien führt die Armut nicht zur Revolution. Und so weit wie in Rumänien sind wir noch lange nicht.

Wie viel trägt die persönliche Verschuldung zur Armut bei?

Diese Frage hat verschiedene Aspekte. Einerseits ist der Konsum in unserer Gesellschaft ein Statussymbol – eine Verlockung vor allem für Jugendliche zum Schuldenmachen –, andererseits wird es den Jungen sehr leicht gemacht, sich zu verschulden. Viele haben so hohe Schulden, dass sie nie mehr in der Lage sein werden, diese abzubauen. Vielfach verschulden sich Menschen auch in der Absicht, keine Sozialhilfeempfänger zu werden. Diese Schulden gefährden auch die sozialen Netze, denn wer sich auch bei allen Verwandten und Freunden verschuldet hat, meidet alle Kontakte. Damit geht jede soziale Stabilität verloren. Es ist deshalb wichtig, vor allem mit den Jungen präventiv zu arbeiten und immer wieder auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die eine zunehmende Verschuldung mit sich bringt. Die erleichterten Kleinkreditgeschäfte sind wohl nicht schuld

an der Armut, aber sie beschleunigen ihr Entstehen.

Ist die Armut in der Schweiz ein Problem oder eine normale Erscheinung?

Selbstverständlich ist die Armut ein Problem für die Schweiz, und vor allem deshalb, weil sie laufend wächst. Sie nimmt zwar nicht mehr so schnell zu wie in den letzten paar Jahren, aber sie erfasst immer noch laufend mehr Menschen. Und das bei wachsendem Wohlstand. Während die Reichen immer mehr Geld verdienen, wird der Sockel der Armut immer grösser. Dabei öffnet sich die Schere immer weiter, der Druck geht von oben nach unten, die Tendenz geht immer mehr in Richtung Ausgrenzung.

Und schuld daran ist der immer kleiner werdende Arbeitsmarkt bei steigenden Gewinnen der Unternehmen?

Eine wichtige Ursache liegt bestimmt bei den fehlenden Arbeitsstellen. Hinzu kommt aber auch, dass wir keine Familienpolitik haben, die Gegensteuer geben kann. Wir brauchen eine Familienpolitik, die Familien mit kleinsten und kleinen Einkommen hilft, ihre Kinder aufzuziehen und auszubilden. Bei uns geht der grösste Teil der Sozialausgaben in die Altershilfe. Andere Länder machen es genau umgekehrt und investieren mehr in die Familienpolitik.

Woran krankt denn unsere Sozialpolitik?

Die Politik ist in Denkschemata gefangen, die sie für ein Umdenken fast immun machen. Was bringt zum Beispiel die Debatte zur Erhöhung des Rentenalters? Absolut nichts, solange

es keine Möglichkeit gibt, die älteren Menschen auch noch sinnvoll in der Arbeitswelt einzusetzen. Zuerst müssen doch sinnvolle Beschäftigungsmodelle verwirklicht werden.

Wie sieht Ihre sozialpolitische Dringlichkeitsliste aus? Was müsste unbedingt in Angriff genommen und umgesetzt werden?

Das Erste, das dringend eingeführt werden müsste, wären Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien. Damit könnte mit wenig Geld viel Positives bewirkt werden. Dabei sollte nicht ergründet werden, was die Betroffenen alles falsch gemacht haben. Ihnen muss vielmehr geholfen werden, damit ihre Kinder anständig aufwachsen können. Auch sollten die heute so schlechten Ausbildungsbeiträge verbessert und die Chancen der Jungen erhöht werden. Dann müssten unbedingt mehr Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden, und zwar für Alte und für Junge. Und schliesslich müssten Zusatzleistungen für Werk tätige eingeführt werden, die mit ihrem Lohn nicht auf das Existenzminimum kommen.

Warum haben es diese Forderungen so schwer, umgesetzt zu werden?

Es gibt nicht nur in unserem Land intellektuelle Blockaden, vor allem, wenn es um Wirtschafts- und Sozialpolitik geht. Die herrschenden Gesetze der geltenden Wirtschaftsordnung werden als gottgegeben betrachtet. Dabei sind sie lediglich eine mögliche Spielform für die Gestaltung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Diese Eindimensionalität des Denkens verhindert fortschrittliche, zeitgemässe und wirkungsvolle Lösungen für viele dringende Probleme.

CARITAS: EINE MILLION ARME

■ Die Zahl der Caritas liess Anfang Jahr aufhorchen: 1 Million Arme soll es in der Schweiz geben. Die Caritas orientierte sich bei ihrer Hochrechnung an den Armutsrichtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) und bezieht sich auf Zahlen des Bundesamtes für Statistik. Dieses schätzt (anhand der Anzahl Working-Poor-Haushalte 2003), dass rund 230 000 Kinder von Armut betroffen sind. Bei den 19- bis 64-Jährigen sind gemäss Caritas 600 000 Menschen arm und bei den Rentnern 200 000. Kinder,

Mittelalterliche und Rentner zusammengesetzt ergeben so die geschätzte Zahl von einer Million Armen. Genaueres wird man noch dieses Jahr erfahren, wenn das Bundesamt für Statistik erstmals die gesamtschweizerische Zahl der Sozialhilfeempfänger publiziert.

DIE AUFGABEN DER SKOS

■ Angefangen hat die Skos als «Armenpflegekonferenz» im Jahre 1905. Das Forum entwickelte sich zur «Schweizerischen Konferenz für öffentliche Fürsorge», die in den Sechzigerjahren erstmals «Richtlinien zur Unterstüt-

zung in der Fürsorge» herausgab. Diese Sköf-Richtlinien wurden in der Fachwelt rasch zu einer massgeblichen Grösse für die Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfe. Als Fachverband lebt die Skos von den Erfahrungen und der aktiven Mitarbeit der in der Sozialhilfe Tätigen. Behördenmitglieder von Gemeinden und Städten bilden aus diesem Grund einen wichtigen Teil der Mitglieder. Ihre Weiterentwicklung ist heute ein Eckpfeiler der Verbandstätigkeit. Die Skos-Richtlinien tragen zu einer einheitlichen Praxis in der Anwendung der Sozialhilfe in der ganzen Schweiz bei.